



Medienmitteilung

Sperrfrist: 10.10.2017, 9:15

1 Bevölkerung

Nr. 2016-0596-D

Erste Ergebnisse der Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz 2016

Einstellungen der Bevölkerung in der Schweiz: zwischen Offenheit und Distanz zu einzelnen Bevölkerungsgruppen

Neuchâtel, 10.10.2017 (BFS) – 2016 gaben 36 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz an, sich durch die Anwesenheit von als «anders» empfundenen Personen, z.B. aufgrund von deren Nationalität, Religion oder Hautfarbe, gestört zu fühlen. Allgemein zeigt sich die Bevölkerung jedoch tolerant. Die Mehrheit findet, dass die Ausländerinnen und Ausländer mehr Rechte bekommen sollten. 66 Prozent sind der Ansicht, dass Rassismus ein ernstes gesellschaftliches Problem ist, und 56 Prozent sind überzeugt, dass die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz gut funktioniert. Dies sind einige Ergebnisse der Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz, die das Bundesamt für Statistik (BFS) im Jahr 2016 erstmals durchgeführt hat.

Die Schweizer Gesellschaft ist vielfältig und differenziert. So sind beispielsweise mehr als zehn verschiedene Religionsgemeinschaften und über 190 Nationalitäten vertreten. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung, aber auch eine Herausforderung für die Gesellschaft. Die neue Erhebung des BFS gibt Aufschluss über das Zusammenleben in der Schweiz.

Eine Bevölkerung, die das Anderssein als störend empfindet

2016 nahmen 36 Prozent der Bevölkerung die Anwesenheit von als «anders» empfundenen Personen als störend wahr. Das Gefühl, gestört zu werden, ist je nach Ursache unterschiedlich stark: Im Alltag fühlen sich 6 Prozent der Bevölkerung durch Personen anderer Hautfarbe bzw. anderer Nationalität, 10 Prozent durch Personen anderer Religion und 12 Prozent durch anderssprachige Personen gestört. 21 Prozent empfinden die Anwesenheit von Personen mit einer nicht sesshaften Lebensweise als störend. Die Analyse der nach Umfeld aufgeschlüsselten Ergebnisse zeigt, dass sich die Personen – unabhängig von der Ursache – am ehesten im Arbeits- und Berufsumfeld gestört fühlen.

Eine Minderheit fühlt sich durch Ausländerinnen oder Ausländer bedroht

Das noch stärkere Gefühl der Bedrohung verweist auf potenzielle Ängste der Bevölkerung. Der Anteil der Personen, die sich allgemein bedroht fühlen, ist relativ niedrig: 16 Prozent der Bevölkerung fühlen sich durch Ausländerinnen und Ausländer bedroht, 4 Prozent durch Schweizerinnen und Schweizer. Das Gefühl der Bedrohung variiert je nach Situation. Am stärksten ist es, wenn es um die Austragung von politischen Konflikten geht.

Toleranz und Gewährung von Rechten für Ausländerinnen und Ausländer

Trotz der erwähnten Gefühle und Ängste ist die Bevölkerung Ausländerinnen und Ausländern gegenüber aufgeschlossen: 64 Prozent sind dagegen, die Ausländerinnen und Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit wieder in ihre Heimat zurückzuschicken. 60 Prozent begrüssen das Recht auf Familiennachzug. 56 Prozent sind für eine automatische Einbürgerung der zweiten Generation. 65 Prozent glauben nicht, die Ausländerinnen und Ausländer seien schuld, wenn man sich auf der Strasse nicht sicher fühlt, und 68 Prozent verneinen die Aussage, Ausländerinnen und Ausländer seien für eine allfällige Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich.

Spannungen konzentrieren sich auf bestimmte Gruppen

Die Bevölkerung zeigt sich verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegenüber unterschiedlich offen. Von den drei Bevölkerungsgruppen, die bei der Erhebung betrachtet wurden, konzentrieren sich soziale Spannungen am stärksten auf Musliminnen und Muslime. Während 17 Prozent der Bevölkerung die Aussagen zu den negativen Eigenschaften von muslimischen Menschen als zutreffend empfinden, ist dieser Anteil bei den Aussagen zur jüdischen (12%) bzw. schwarzen (4%) Bevölkerungsgruppe deutlich geringer. Die Feindlichkeit gegenüber Musliminnen und Muslimen (14%) ist höher als der Anteil der gegenüber schwarzen (10%) bzw. jüdischen Personen (8%) feindlich gesinnten Personen. Noch ausgeprägter als die Feindlichkeit gegenüber der muslimischen Bevölkerungsgruppe ist jedoch das Misstrauen gegenüber dem Islam (2016: 33%).

Häufigste Ursache von Diskriminierung bleibt die Nationalität

Die Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz gibt auch Auskunft über die persönliche Erfahrung von Diskriminierung der Bevölkerung in der Schweiz. 2016 gaben 27 Prozent der Befragten an, in den letzten fünf Jahren aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe mindestens einer Form der Diskriminierung ausgesetzt worden zu sein. Nach eigenen Angaben haben 4 Prozent körperliche Gewalt, 13 Prozent psychische Gewalt und 21 Prozent Diskriminierung erfahren. Bei den Personen, die in der Schweiz Opfer von Diskriminierung waren, ist die Nationalität die mit Abstand am häufigsten genannte Ursache (54%). Knapp die Hälfte (48%) gab an, in ihrem Arbeitsumfeld bzw. bei der Stellensuche diskriminiert worden zu sein.

Rassismus wird als gesellschaftliches Problem wahrgenommen

2016 fanden 56 Prozent der Befragten, dass die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweizer Gesellschaft gut funktioniert. 66 Prozent der Bevölkerung nehmen Rassismus als gesellschaftliches Problem wahr. Die Mehrheit glaubt, dass die von den verschiedenen Akteuren ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung sowie zur Förderung der Integration in der Schweiz den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechen. Zwischen 29 und 34 Prozent denken jedoch, dass die getroffenen Massnahmen ungenügend oder unbefriedigend sind. Die mit der aktuellen Situation unzufriedenen Personen sind mehrheitlich der Ansicht, dass es Aufgabe des Staates ist, in beiden Bereichen mehr oder weniger Massnahmen zu ergreifen.

Bericht „Rassistische Diskriminierung in der Schweiz 2016“

Gleichzeitig mit den ersten Resultaten der Umfrage zum Zusammenleben in der Schweiz (ZidS) erscheint der dritte Bericht der Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB). Er gibt einen Überblick über die Datenlage zu rassistischen Vorfällen und Einstellungen und dokumentiert Massnahmen gegen rassistische Diskriminierung. Die Daten zu Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen des BFS werden darin in Bezug gesetzt zu anderen Daten: z.B. rechtlich sanktionierten Vorfällen, gemeldeten Vorfällen aus den Beratungsstellen, Medienberichten oder wissenschaftlichen Untersuchungen. Dies ermöglicht eine Gesamteinschätzung der Problemlagen. Der Bericht erscheint seit 2012 alle zwei Jahre.

Der Bericht ist unter folgender Webadresse zu finden:

<https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/frb/berichterstattung-und-monitoring.html>

Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz (ZidS)

Im Februar 2015 hat der Bundesrat ein Monitoringinstrument eingeführt, um die rassistischen und diskriminierenden Tendenzen in der Schweiz systematisch und längerfristig zu erheben. Die Erhebung wird alle zwei Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Omnibus-Erhebungen durchgeführt. Auf Grundlage einer Mixed-Mode-Methode werden 3000 Personen befragt, die zwischen einem Online-Fragebogen (CAWI) und einer computergestützten telefonischen Befragung (CATI) wählen können. Ebenfalls alle zwei Jahre werden zudem mittels intermediärer Module bestimmte Themen vertieft untersucht. Der konzeptuelle Rahmen der Erhebung wurde auf Basis eines Pilotprojekts entwickelt, das von 2010 bis 2014 durchgeführt wurde.

Dank der Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz (ZidS) können gesellschaftliche Entwicklungen in verschiedenen Themenfeldern wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Feindseligkeit oder Diskriminierung verfolgt werden. Durch die Analyse der Einstellungen, Meinungen und Wahrnehmungen soll ein verlässliches Bild der Herausforderungen, die sich für das gemeinsame Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Schweiz stellen, gezeichnet werden.

Die ersten Ergebnisse der Erhebung liegen nun vor. Auf dem Internetportal des BFS werden Daten zu sechs Schlüsselbereichen präsentiert. Das Instrument wurde zu Monitoringzwecken eingeführt. Die jetzt verfügbaren, sich auf einen einzigen Zeitpunkt beziehenden Ergebnisse, sind aber mit Vorsicht zu interpretieren. Dies da sie sogenannten Kontexteffekten unterliegen und keine Trends aufzeigen. Für ein Monitoring sind die Ergebnisse mindestens dreier Erhebungen notwendig.

Nähere Informationen zur Erhebung und den zugrunde liegenden Konzepten sind den FAQ zu entnehmen:

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/zids.html>

BUNDESAMT FÜR STATISTIK
Medienstelle

Auskunft zur Erhebung und ihren Ergebnissen:

Marion Aeberli, BFS, Sektion Demografie und Migration, Tel.: +41 58 467 24 67,
Informationszentrale der Sektion Demografie und Migration, E-Mail: info.dem@bfs.admin.ch
Medienstelle BFS, Tel.: +41 58 463 60 13, E-Mail: media@bfs.admin.ch

Auskunft zum Bericht:

Michele Galizia, GS-EDI, Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Tel.: +41 58 464 13 31
Eva Wiesendanger, GS-EDI, Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Tel.: +41 58 464 10 35

Online-Angebot:

Weiterführende Informationen und Publikationen: www.bfs.admin.ch/news/de/2016-0596
Statistik zählt für Sie. www.statistik-zaehlt.ch
Abonnieren des NewsMails des BFS: www.news-stat.admin.ch

Diese Medienmitteilung wurde auf der Basis des Verhaltenskodex der europäischen Statistiken geprüft. Er stellt Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen sicher. Die privilegierten Zugänge werden kontrolliert und sind unter Embargo.

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung, das Staatssekretariat für Migration sowie die Mitglieder der interdepartementalen Begleitgruppe des Projekts erhielten einen Arbeitstag vor der Veröffentlichung Zugang zum Text der Medienmitteilung.